

CDU: Grenzgebiet verschonen

Landesparteitag äußert sich zur Maut

Die niedersächsische CDU ist für die Einführung einer Pkw-Maut, aber gegen Belastungen durch die Abgabe in den Grenzregionen.

VON HANS BRINKMANN

BRAUNSCHWEIG. Auf einem Parteitag in Braunschweig wurde am Wochenende eine Erklärung verabschiedet, in der es mit Blick auf die Festlegungen zur Maut im Koalitionsvertrag auf Bundesebene heißt: „Die CDU in Niedersachsen ist vertragstreu.“ Man trage die Einführung einer solchen Abgabe mit, um die Halter ausländischer Pkw an der Finanzierung des deutschen Autobahnnetzes zu beteiligen. Weiter wird dann betont: „Für den sogenannten kleinen Grenzverkehr muss es bei der Einführung einer Pkw-Maut [...] eine Lösung geben, die den Handel, den Arbeitsmarkt sowie das gesellschaftliche und kulturelle Leben in der Grenzregion nicht belastet.“

Eine Absage erteilte die Landespartei einem Antrag des CDU-Kreisverbandes Grafschaft Bentheim für eine wesentlich schärfere Formulierung. Um Beeinträchtigungen im deutsch-niederländischen Grenzgebiet zu verhindern, hatten die Grafschafter gefordert, in einer 50-Kilometer-Zone an der Grenze keine Maut zu erheben.

Mit der betont moderaten Haltung setzten sich die Christdemokraten aus Niedersachsen von wesentlich härterer Mautkritik der CDU in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ab. Dafür ernteten die Niedersachsen auf dem Parteitag in Braunschweig Lob vom Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder. Der Politiker rühmte die „Ruhe

und Gelassenheit“ des hiesigen Landesverbandes. Mit einem Seitenhieb auf NRW und Baden-Württemberg bemerkte er, man müsse „nicht über jedes Stöckchen springen“, sondern „auch mal die Schnauze halten“. Kauder forderte ultimativ „Schluss der Debatte“ und kündigte an, dass dieses Thema „bis Ende dieses Jahres abgeräumt“ sein werde.

In einem Initiativantrag bekräftigte die Union ihre Kritik an der geplanten Schulgesetznovelle der Landesregierung. Man werde es nicht zulassen, dass Rot-Grün die IGS zur ersetzenden Schulform erhebe und damit eine „Einheitschule“ unter Verdrängung auch der Gymnasien anstrebe.

Neues Präsidium an der Spitze

„Finger weg von den Gymnasien! Das gibt richtig Ärger mit uns“, sagte Landtagsfraktionschef Björn Thümler. Er forderte auch den Verzicht auf die geplante Abschaffung der Schulnoten in den Klassen 3 und 4 und der Schullaufbahnpflicht nach der Grundschule. Es gelte, neben der Vielfalt des Schulwesens auch die Qualität und den Leistungsgedanken zu erhalten. In weiteren Beschlüssen setzte sich die Union unter anderem dafür ein, eine wohnortnahe geburtsnahe Versorgung durch Hebammen sicherzustellen und schärfere Kontrollen gegen den Missbrauch von Werkverträgen einzuführen.

Eine Neuerung beschloss die Delegierten bei der Parteistruktur: Statt eines geschäftsführenden Vorstands hat der Verband künftig ein Präsidium an der Spitze des Landesvorstands. Ein Mitglied ist Astrid Grotelüschen (Ahlhorn).